

Stimmen der Weltpresse

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **36 (1956-1957)**

Heft 2

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Zuerst den Geßlerhut in der Entscheidung um die Macht und zur Sicherung der «koexistenziellen» Atempause, erst die «Arbeitereinheit» der «proletarischen Demokratie» (statt Diktatur), dann die ideologische Restaurierung und die Beseitigung der Trümmer aus dem Zusammenbruch des Stalinismus: Das ist Chruschtschews Zeitplan. Wird er damit durchkommen?

STIMMEN DER WELTPRESSE

Per Jacobsson, das weithin bekannte und in Finanz- und Wirtschaftsfragen sowie als Autor ökonomischer Schriften geschätzte Direktionsmitglied der «Bank für Internationalen Zahlungsausgleich», ist der Verfasser eines interessanten und zeitgemäßen Aufsatzes: *Wie dämpft man den gegenwärtigen Boom?*, im *Vierteljahresbericht der Skandinaviska Banken* (Januar 1956). In der Tat steht für Regierungen und Volkswirtschaften der freien Welt die Frage im Vordergrund der Überlegungen und Entschlüsse, auf welche Weise die herrschende Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung erhalten bleiben kann, oder wie wenigstens eventuelle Schwankungen aufzufangen sind. Jacobsson geht von der verbreiteten Auffassung aus, daß man heute, auf Grund der in den letzten Jahrzehnten gesammelten Erfahrungen, die Probleme der Hochkonjunktur und der Depressionen mittels aktiver Politik besser als in der Vergangenheit zu meistern wisse; er hält diese Überlegung für zutreffend. In den dreißiger Jahren, der Zeit der Weltwirtschaftskrise also, waren staatliche Interventionen zur Steuerung von Produktion und Beschäftigung noch heftig umstritten. Erst vor dem zweiten Weltkrieg war es der deutschen Regierung geglückt, bei Beseitigung der Arbeitslosigkeit Erfolge zu erzielen. Während sie sich dazu des anfechtbaren

Mittels einer Aufblähung der Staatsausgaben für öffentliche Arbeiten und Rüstung bediente, erreichte Schweden auf anderen Wegen ähnlich durchschlagende Ergebnisse. Es handelt sich jetzt darum, haltbare Schlußfolgerungen aus den gewonnenen Lehren zu ziehen. — In der neuen Situation seit dem Kriege sind es nicht mehr die Probleme der Arbeitslosigkeit und Depression, die Sorge bereiten. Vielmehr erwachsen in der Gegenwart solche Probleme aus der kontinuierlichen Inflation und einer fast zu intensiven Hochkonjunktur. Noch Keynes lehnte eine Anwendung der Diskontpolitik zum Schutze der Zahlungsbilanz wegen der Gefahr vermehrter Arbeitslosigkeit energisch ab. Auch seine Schüler haben es nicht begriffen, daß die Steigerung des Diskontsatzes nicht zur Unterbeschäftigung, sondern eher zu erhöhtem Sparen und zu vermehrten Investitionen führt. Die flexible Geldpolitik ist neuerdings wieder zu Ehren gekommen; sie kann als Interventionsmittel zur Dämpfung intensiver Hochkonjunkturen und Depressionen angesetzt werden. Als für die Produktivität günstiger Faktor kam die schnelle Überwindung des wirtschaftlichen Rückschlages 1953/54 in den USA und die gleichzeitige Beibehaltung einer hohen wirtschaftlichen Aktivität in Europa hinzu; beides wurde durch Maßnahmen der Geldpolitik un-

terstützt und schuf die Basis für das wachsende geschäftliche Vertrauen. Doch — so fährt Jacobsson fort — hat man inzwischen entdeckt, daß auch die Hochkonjunktur Gefahren in sich birgt. — Als ihr Charakteristikum ist es heute zu betrachten, daß sie nicht durch erhöhte Staatszuwendungen ausgelöst wurde, sondern auf gesteigerter Tätigkeit im privaten Wirtschaftssektor beruht. Das industrielle Investitionsvolumen hat sich in beschleunigtem Tempo ausgedehnt. In Ländern, in denen die Zunahme der Warenvorräte nicht mit dem Druck auf die Nachfrage Schritt hielt, wurden mit dem Ziele auf einen Ausgleich in der defizitären Zahlungsbilanz geldpolitische Maßnahmen ergriffen; aber auch die in günstigerer Lage befindlichen USA, Westdeutschland und die Schweiz sahen sich, zur Bekämpfung inflationistischer Tendenzen, genötigt, sich der Kreditrestriktionen zu bedienen. Der Erfolg ist unverkennbar: der Index für preisempfindliche Rohstoffe lag im November 1955 niedriger als vor einem Jahre; eine Verschlechterung der «terms of trade» ist nicht eingetreten. Es muß das Hauptprinzip der zur Dämpfung des Booms angesetzten verengenden Geldpolitik sein, daß *Kredite nicht länger leicht aufnehmbar* sein dürfen. Wirklich effektive Kreditrestriktionen haben gezeigt, daß sie einen überaus durchdringenden Einfluß auf den *privaten Wirtschaftssektor* ausüben. — Aber auch der zu großer Bedeutung gelangte *öffentliche Bereich* muß sich dieser restriktiven Politik anpassen. Das eigentliche Budget bedarf eines «guten Zustandes»; die Hergabe staatlicher Mittel für den Wohnungsbau ist zu reduzieren oder zum mindesten so zu lenken, daß sie nicht als einer der stärksten Inflationsfaktoren der beschränkenden Geldpolitik entgegenwirkt. Echte Ersparnisse sollten bedenkenlos weiterhin investiert werden; doch darf in der Hochkonjunktur ein Übermaß an Bankkrediten nicht zu einem aufgeblähten Geldvolumen Anlaß bieten. Es ist sorgfältig darauf zu achten, daß das Preisniveau nicht durch plötzliche

Lohnsteigerungen erschüttert werde; darum wird auch heutzutage die Lohnpolitik der Gewerkschaften von anderen Momenten diktiert als früher. Nicht als ob die moderne Wirtschaft in Zukunft Konjunkturschwankungen nicht mehr unterworfen sein wird. Aber die ökonomische Struktur ist in der Gegenwart weniger empfindlich als in den zwanziger Jahren. Und «je nachhaltiger die Hochkonjunktur an Exzessen gehindert wird, um so geringer wird der nachfolgende Rückschlag spürbar sein».

Mittelstandsgerechte Wirtschaftspolitik ist der Titel eines nachträglich als Sonderdruck herausgegebenen Artikels des hochangesehenen Professors *Alexander Rüstow*, der in der Weihnachtsausgabe 1955 der Tageszeitung *Die Rheinpfalz* erschienen war. — Wir zitieren folgende Ausführungen im Wortlaut: «Daß der selbständige Mittelstand als ein Überbleibsel des Mittelalters unabwendbar zum baldigen Untergang verurteilt sei, das war nicht nur die These, die seit 100 Jahren Marx und der Marxismus vertraten, sondern nicht wenige Angehörige des Mittelstandes selber hatten sich in einen so hoffnungslosen Defaitismus hineindrängen lassen. Die tatsächliche Entwicklung hat bisher das genaue Gegenteil erwiesen. In allen Industrieländern ist der Mittelstand nicht in der Abnahme, sondern in der Zunahme begriffen. Das gilt vor allem auch für die Vereinigten Staaten von Amerika, die bei uns immer noch als das Dorado der Mammutbetriebe betrachtet werden. Der organisatorische Zusammenschluß des amerikanischen Mittelstandes umfaßt nicht weniger als 600 000 Mitglieder und hat sich trotz völliger Gewerbefreiheit eine dementsprechende einflußreiche Stellung in der Öffentlichkeit und gegenüber der Regierung zu schaffen gewußt.»

Die Zeitschrift *Europa Archiv*, deren Beiträge stets sehr sorgfältig dokumentiert sind, publizierte in ihrer Nr. 5/1956 eine Abhandlung, welche die interessante Tatsache der *Überwindung*

der amerikanischen Gewerkschaftsspaltung in klarer Weise schildert. Die 1886 gegründete «American Federation of Labor» (AFL) war vorwiegend eine Zusammenfassung von Fachverbänden, mit ausgesprochenem Sinn für Berufsehre und berufliche Solidarität. Für die große Masse der neu in die Produktion kommenden Arbeiter ohne berufliche Ausbildung war dagegen die Industriegewerkschaft die gegebene Organisationsform. Der Streit über die Organisationsform und persönliche Ambitionen des Bergarbeiterführers John L. Lewis führten schließlich zum Bruch und 1938 zur Gründung einer neuen «Gewerkschaftszentrale», Congress of Industrial Organizations» (CIO). Beide Verbände haben seither einen gewaltigen Aufschwung genommen. Die AFL mit 9,6 Mio. Mitgliedern (1955) stellte im allgemeinen das konservative Element im amerikanischen Gewerkschaftswesen dar, wogegen die CIO mit 6,3 Mio. Mitgliedern viel stärker auf die wechselnden Strömungen der amerikanischen öffentlichen Meinung reagierte. Die CIO bot mit ihrer wendigeren und beweglicheren Organisation viel stärker die Möglichkeit kommunistischer Infiltration, hat aber alle derartigen Versuche mit großer Energie bekämpft und ist auch vor drastischen Aktionen nicht zurückgeschreckt. Im internationalen Kräftespiel war die AFL Mitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes, blieb aber dem 1945 gegründeten Weltgewerkschaftsbund von Anfang an fern. Im Gegensatz zur AFL war die CIO eines der treibenden Elemente bei der Gründung des Weltgewerkschaftsbundes, verließ ihn aber wieder bei der ersten sich bietenden Gelegenheit, zusammen mit den britischen Gewerkschaften. 1949 haben AFL und CIO in vollster Eintracht den Internationalen Bund freier Gewerkschaften mitaufgebaut und haben auch in Fragen der Europapolitik stets ungefähr den gleichen Standpunkt eingenommen. — Die Entwicklung auf politischem Gebiet und die schiedsgerichtliche Beilegung von Grenzstreitigkeiten haben allmählich die Wiedervereinigung der beiden Ge-

werkschaftsverbände vorbereitet, die im Dezember 1955 erfolgte und mit einem Bestand von mehr als 15 Mio. Mitgliedern die zahlenmäßig stärkste Gewerkschaftszentrale eines demokratischen Landes schuf. An der Spitze der vereinigten AFL-CIO stehen *George Meany* als Präsident und *William Schnitzler* als Sekretär-Schatzmeister. Ein Vollzugsausschuß umfaßt 17 Vizepräsidenten, die aus der AFL stammen, und 10, die aus der CIO stammen, unter ihnen *Walter Reuther*, der bisherige Präsident der CIO. Außerhalb der neuen Föderation wirken die Bergarbeiter (600 000 Mitglieder) und zwei Eisenbahnverbände (300 000 Mitglieder), so daß in den USA insgesamt etwa 17 Mio. Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert sind. Eine umfangreiche außenpolitische Deklaration der vereinigten Gewerkschaftszentrale betont das Interesse der freien Gewerkschaften an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Förderung der Freiheit und protestiert gegen jede «Appeasement-Politik» gegenüber totalitären Mächten. Sie wünscht baldige Schritte, um die Westeuropäische Union zu einem Brennpunkt der europäischen Integration zu machen und wünscht die Ausweitung der NATO im Sinne der Förderung wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit zur Sicherung des Friedens, der Menschenrechte und eines erhöhten Lebensstandards. Die Frage, ob aus den vereinigten Gewerkschaften eine eigene amerikanische Arbeiterpartei entstehen werde, läßt sich nicht eindeutig beantworten. Solange sich demokratische Politiker weitgehend mit den Zielen der Gewerkschaftsbewegung identifizieren, ist eine solche Entwicklung nicht wahrscheinlich, doch dürfte vieles vom Ausgang der diesjährigen Präsidentenwahlen abhängen.

Die *Internationalen Freigewerkschaftlichen Nachrichten* (Box 65, Radio City Station, New York 19) publizierten in ihrer Märznummer einen interessanten Aufsatz des bereits genannten *Walther P. Reuther*, Vizepräsident der AFL-CIO und Präsident der Autoarbeiter-

gewerkschaft, über *Die Automatisierung und ihre Probleme*, dem wir folgende Angaben entnehmen: Die Rückwirkungen einer weitgehenden Automatisierung und der zu erwartenden Ausnutzung atomischer Energie auf die Wirtschaft hängen davon ab, ob es gelingt oder nicht gelingt, wirtschaftliche und soziale Fortschritte zu machen, die mit den technologischen Veränderungen Schritt halten. Die Auswirkungen der Automatisierung auf unsere Wirtschaft und auf unsere gesamte Gesellschaft können sich als durchaus so revolutionär erweisen wie die der ersten industriellen Revolution. Der revolutionäre Gehalt der Veränderungen besteht in der Tendenz, den Arbeiter durch die Anwendung automatischer Kontrolleinrichtungen gänzlich von der Bedienung der Maschine auszuschalten. Bei richtiger Handhabung kann die Automatisierung große Vorteile bieten und innert wenigen Jahren zur Viertagewoche, längeren Ferien, frühzeitiger Pensionierung und zu bedeutenden Verbesserungen der materiellen Lebensbedingungen führen. Andererseits wirft der Übergang zu einer neuen Technik viele Probleme auf, die nicht übersehen werden dürfen. Er verlangt ein sorgfältig geplantes Umschulungsprogramm für Arbeiter, die am bisherigen Arbeitsort frei werden. Für ältere Arbeiter, die nicht mehr umgeschult und frühzeitig pensioniert werden, müssen auch die staatlichen Altersrenten vorzeitig ausbezahlt werden. Die geographische Verteilung automatisierter Betriebe schafft möglicherweise zusätzliche Notstandsgebiete mit beträchtlicher Arbeitslosigkeit, während in übrigen Teilen des Landes ein hoher Beschäftigungsgrad aufrechterhalten wird. Die Schulen sollten sich heute schon vorbereiten und auf den wachsenden Bedarf an Technikern, Ingenieuren und Facharbeitern umstellen. Das größte Problem bietet die Gefahr heftiger Schwankungen in Beschäftigung und Produktion während der Übergangszeit, was einer ausreichenden Erweiterung des Absatzmarktes ruft. Durch die Automatisierung kann die Produktivität

pro Arbeiterstunde jährlich 5—6% steigen. Die nordamerikanische Wirtschaft muß daher jährlich etwa viereinhalb Mio. neue Arbeitsplätze schaffen. Die Gewerkschaften werden alles tun, um einen sich ständig erweiternden Markt sicherzustellen und dem Recht der Arbeiter auf eine ständige Verbesserung ihres Lebensstandards Anerkennung zu verschaffen. Schnell wachsende Absatzmärkte erfordern aber auch ein Steuersystem, das eine Steigerung der Kaufkraft vor allem der Millionen von Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen ermöglicht. Eine wichtige Maßnahme zur Verringerung sozialer Spannungen während des kommenden Jahrzehnts des Übergangs zu einer neuen Technik wäre die Verkürzung der Arbeitswoche von 35 auf 30 Stunden. Es liegt im Bereiche unserer Macht, dafür zu sorgen, daß diese wirtschaftlichen und sozialen Änderungen ordentlich und evolutionär vor sich gehen, und zu verhindern, daß die neue Technik blindlings ihren eigenen Kurs verfolgt und unsere Gesellschaft inmitten internationaler Spannungen gefährlichen Erschütterungen aussetzt. Wir müssen die steigende Produktivität, welche die Automatisierung ermöglicht, dazu benutzen, unsere nationale Stärke zu erhöhen und gleichzeitig unseren Lebensstandard zu heben.

In ihrem Artikel *Entschlossen handeln* spricht die Zeitschrift für aktive Freiheitspolitik, *Der Anti-Kommunist* (Nr. 4, 1956), unter anderem von den scharfen Maßnahmen, die in jüngster Zeit in westdeutschen Gewerkschaften und industriellen Belegschaften gegen kommunistische Agenten ergriffen worden sind. Die Gefahr der Infiltration durch die verhältnismäßig wenigen, jedoch wirksam die Schwächen dieser Organisationen ausnützenden Agitatoren soll mit durchgreifenden Maßregelungen, mit Ausschluß aus den Gewerkschaften, ja selbst mit Entlassungen gebannt werden. Solche «Selbstschutzmaßnahmen» wurden bereits in verschiedenen Betrieben, aber auch in einzelnen Gewerkschaften, welche der In-

filtration besonders unterworfen waren, ergriffen. Seit kurzem liegt sogar ein Bundesarbeitsgerichtsentscheid vor, der kommunistische Propaganda als zureichenden Entlassungsgrund betrachtet. — Ein wichtiger Erfolg wurde in der Bremer Werft der «AG Weser» am 4. 1. 1956 erzielt, als die Arbeiterschaft zum ersten Male seit 1918 — die Zeit des Nationalsozialismus nicht gerechnet — einen Betriebsrat ohne Kommunisten wählte. — Auch seitens der Unternehmerkreise wird gegenwärtig am Deutschen Industrie-Institut in Köln im Sinne aktiver Kommunistenbekämpfung gearbeitet; der dialektische Katalog, der dort herausgegeben wird, und der die Beweisführung der westlichen und östlichen Sozial- und Wirtschaftspolitik vergleicht, soll es jedem ermöglichen, mit den Kommunisten zu diskutieren.

Die bekannte und gut orientierte amerikanische Wochenzeitung *Newsweek* analysierte in ihrem Aufsatz *Nehru and the new India* die überragende Stellung des indischen Staatsoberhauptes (Nr. vom 12. 3. 1956). Von besonderer Tragweite ist die gestellte Frage: *Can they stay neutral — will they thrive?* Wir fassen die Ausführungen wie folgt zusammen: Die führende Persönlichkeit Indiens, Jawaharlal Nehru, versucht mit Nachdruck, aber auf demokratischem Wege, die agrarische und industrielle Entwicklung seines Landes zu beschleunigen. Seine Eile wird bedingt durch die gefährliche Nachbarschaft des kommunistischen China, welches ebenfalls die Hegemonie in Asien erstrebt. Nehru äußerte sich zu dieser Rivalität folgendermaßen: «Es gibt in Asien zwei Systeme, das indische und das chinesische. Unser (demokratisches) System verlangt, daß wir China wirtschaftlich und politisch übertreffen. Sonst gelingt uns der Sieg nicht.» — Alle Anstrengungen richten sich nun auf dieses Ziel. Auf dem Gebiet der *Landwirtschaft* wurden 87% der Forderungen des ersten indischen Fünfjahresplanes erfüllt. Er kostete 7 Billionen Dollar und wurde

zum großen Teil von den USA finanziert. Am 1. 4. 1956 hat der *industrielle*, zweite Fünfjahresplan begonnen. Der indische Staat übernimmt nun bereits 12,5 von den 14,7 Billionen Dollar, die dafür benötigt werden. Die Zeit drängt auch hier, denn im benachbarten China, wo der umgekehrte Weg eingeschlagen wurde, ist die Industrie im Vorsprung. — Dieser lebhafteste wirtschaftliche Wettstreit bedingt eine äußerst geschickte Politik nach Außen, die wiederum fest in den Händen des indischen Premiers ruht. Seiner Auffassung nach kann Indien nur neutral sein. Gegenüber dem Westen wie gegenüber China treibt er daher eine konziliante Politik. Obwohl im Innern schärfste antikommunistische Maßnahmen ergriffen werden, hat Indien in Bandung und in der UNO die chinesischen Interessen gewahrt. Andererseits erfordert die Neutralität ein ebenso gutes Einvernehmen mit dem Westen. So blieb Indien mit dem Commonwealth praktisch solidarisch, trotzdem es seiner Geschichte nach streng antikolonial eingestellt ist. Die Angst vor dem Kolonialismus ist zwar noch derart wach, daß selbst die wirtschaftliche Hilfe Amerikas nur mit dem Vorbehalt angenommen wurde, sich keinerlei Verpflichtungen unterziehen zu müssen. Amerika wird eben im indischen Bewußtsein den imperialistischen Westmächten völlig gleichgestellt. Ungeachtet dieser Differenzen hat Indien den staatlichen Typus der westlichen Demokratien übernommen und bildet somit das stärkste demokratische Bollwerk in Asien. Nur hütet es sich ängstlich, dem westlichen Lager beizutreten und bleibt daher im Kampfe zwischen Ost und West zum Leidwesen der USA völlig unabhängig. — Trotz dieser undurchsichtigen, viel diskutierten Politik ist es Nehru gelungen, seinem Lande in der Welt eine, wenn nicht unangefochtene, so doch sehr beachtete Stellung zu schaffen. Seine erstaunliche Aktivität ist um so bewundernswerter als die schwierigsten Umstände im Innern Indiens ihrer Aufrechterhaltung entgegenstehen. 367 Mio. in religiösen Konventionen befangene Menschen, die

größtenteils Analphabeten sind, werden von einer kleinen, hochgebildeten, an europäischen Universitäten geschulten Schicht regiert. Diese riesigen Massen, die leicht zu Aufständen gereizt werden können, stehen Nehrus Wunsch nach Einheit feindlich gegenüber, indem die einzelnen Stämme nach wie vor ihr eigenes Staatsgebiet fordern. — Aber Nehru hat sein außergewöhnliches Format schon viele Male bewiesen. Dreißig Jahre lang führte er den Kampf gegen die Engländer, bis er schließlich 1947 als Sieger daraus hervorging. Seine großen Fähigkeiten könnten, wie er selbst einmal zugab, für die indische Demokratie gefährlich

werden; sie beschwören die Gefahr der Diktatur herauf. — Wohl gibt es Männer in Indien, die zur Nachfolge Nehrus fähig wären. Es sind dies etwa *Dhebar*, der Präsident der Kongreßpartei, oder *Narayan*, der ehemalige Praja-Sozialistenführer. Aber dieses Thema ist nicht aktuell. Nehru wird weiterhin alle Schlüsselämter, Premier, Verteidigungsminister, Präsident der Kommission für Atomforschung usw., in der Hand behalten, denn er ist, trotz allen Gegensätzen, Asiens größter lebender Staatsmann und allein fähig, Indien den Frieden mit Ost und West und im Innern zu erhalten.

GLANZ UND ELEND DES ROMANS

VON OTTO HEUSCHELE

In den Schaufenstern, auf den Verkaufstischen der Buchhandlungen und in den Regalen der Leihbüchereien tritt uns heute vor allen anderen Gattungen des Schrifttums der Roman entgegen. Er beherrscht auch dort, wo man von Literatur spricht, in hohem Maße das Feld. Neben dem Roman vermag sich weder das lyrische noch das dramatische Werk und nur schwer die Erzählung, die Novelle oder der Essay zu behaupten. Allenfalls sind Memoiren und Biographien, Gattungen also, die meist außerhalb des dichterischen Bereiches liegen, fähig, in der Gunst der Leser mit dem Roman im Wettbewerb zu treten.

Was aber sucht nun der Durchschnittsleser im Roman? Weniger sich selbst als das andere, die Welt, die er nicht kennt, das Abenteuer des Lebens, das ihm selbst nicht zuteil wird, das er nicht wagen will, die Liebe, die er selbst erleben, die Gefahren, die er gleichsam «ohne Gefahr» bestehen möchte; kurz, das weite Leben, von dem er ahnt, daß es sich rings um ihn abspielt, daß es ihn vielleicht morgen schon selbst in seine Wirbel reißt.

Die Frage, was denn ein Roman sei, was seine eigentümliche Sendung, sein Auftrag sei, ist deshalb keineswegs müßig, vor allem,